

# Graswurzelpolitik

Bürgerräte sollen Gesetzgebung von unten inspirieren. Doch am aktuell formierten Klimarat in Österreich gibt es auch Kritik. Was kann das neue Demokratie-Instrument?

Text: LAURA ANNINGER

Am 10. September 2016 wackelt Karin Wilhelms Welt. Über ihrem Haus in Grins, Bezirk Landeck, geht eine Mure ab, hinterlässt Risse in den Wänden und eine prägende Erinnerung. „Das war wie ein Erdbeben, das nicht endet. Das wünsche ich niemandem,“ sagt sie. Muren werden in Zukunft häufiger abgehen. Denn die Klimakrise bringt Starkregen, die Schlammlawinen loslöst, und taut alpinen Permafrost ab, was Geröllstürze verstärkt. Karin Wilhelm ist Sonderpädagogin, Alleinerzieherin – und Beraterin der österreichischen Politik.

Sie sitzt im Klimarat und erarbeitet dort Vorschläge zum Umgang mit der Klimakrise für die Politik. In Vorarlberg gibt es eine ähnliche Art der Bürgerbeteiligung schon lange. Seit 2013 stehen Bürgerräte



Karin Wilhelm engagiert sich im Klimarat.

© Nicolás Hafele



Klimaschutzministerin Leonore Gewessler spricht zu m Bürgerrat.

© APA

auch in der Landesverfassung und können von jedem Vorarlberger, der tausend Unterschriften sammelt, initiiert werden. Der letzte Rat diskutierte das Thema „Klima-Zukunft“.

„Die meisten Teilnehmer waren sehr zufrieden mit dem Demokratieinstrument“, sagt Politikwissenschaftlerin Tamara Ehs, die ihn wissenschaftlich evaluiert. Ihre Kritik: „Es war eine weiße, ältere, höher gebildete Runde.“ Damit auch jene mitmachen, die sich nicht sowieso schon im Alltag engagieren, hätte man eine Aufwandsentschädigung stellen können. Das Problem dabei? Die Organisatoren haben nur einen mittleren fünfstelligen Betrag zur Verfügung, um jährlich mehrere landesweite Räte zu or-

ganisieren. „Demokratie ist immer eine Frage des Geldes. Es gibt Parteienförderung, aber keine allgemeine Demokratieförderung“, kritisiert Ehs.

Anders beim bundesweiten Klimarat, der kein Bürgerrat, sondern eine Bürgerversammlung ist. Er hat mehr Teilnehmer, dauert länger – und kostet mehr als die Räte in Vorarlberg: fast zwei Millionen Euro. Dafür diskutieren 100 Teilnehmer und Teilnehmerinnen an sechs Wochenenden, bekommen dafür eine finanzielle Entschädigung, Kost und Logis und auch die An- und Abreise gestellt. Renommierte Forscher geben Impulsvorträge und Briefings, ein Moderationsteam vermittelt. Für die Auswahl der teilnehmenden Menschen beauftragte man die Statistik Austria. Die Auserkorenen hundert Personen sollten ein „Mini-Österreich“ darstellen. Gelang das? Nein, kritisiert Politikberater Stefan Brocza, die hundert würden eher einer „gelenkten Fokusgruppe“ ähneln.

Wie wurden sie ausgewählt? Zweitausend zufällig aus dem Melderegister gezogene Menschen wurden per Brief gebeten, sich für den Klimarat voranzumelden. Aus allen Rückmeldungen wählte man hundert Teilnehmer und zwanzig Reser-

eteilnehmer. Die Kriterien Bildung, Geschlecht, Alter, Wohnort und Einkommen sollten hinsichtlich ihrer Verteilung so nah als möglich an jene in der Bevölkerung herankommen. Das funktionierte großteils – aber eben nicht vollständig. „Die Altersverteilung wurde nicht erreicht. Außerdem hat man schon bei der Vorauswahl alle Menschen verloren, die sich nicht impfen ließen“, erklärt Tamara Ehs. Denn beim Klimarat gilt eine strenge 2G-Regel. Einstellungen zur Klimakrise wurden zwar abgefragt, ihre Verteilung in der Bevölkerung war jedoch kein Auswahlkriterium. Jene sieben Prozent, die glauben, der Klimawandel sei nicht menschengemacht, sprach man

Das würde diese jedoch „bevormunden“, kritisiert Kurier-Chefredakteurin Martina Salomon. Der Klimarat sei „scheindemokratisch“, setzt FPÖ-Nationalratsabgeordneter Walter Rauch drauf. Stimmt das? Bürgerräte und Bürgerversammlungen sind Instrumente der konsultativen Demokratie. Sie sollen die Politik beraten. Ihre Lösungsvorschläge sind rechtlich nicht bindend, müssen nicht im Nationalrat behandelt werden. Der Klimarat könnte allerdings Debatten losstoßen – etwa zum geplanten Klimaschutzgesetz. Mittlerweile poppt das Modell auf Länder- und Gemeindeebene immer wieder auf. Im März tagten fünfzig Steirer und Steirerinnen in einem klei-

Beratungsagenturen“, erklärt Tamara Ehs. In Frankreich hingegen wurden die konkreten Vorschläge des nationalen Klimarates verwässert. Der Rat schlug Tempo einhundert auf Autobahnen vor, die Nationalversammlung diskutiere dann nur mehr über Tempo hundertzwanzig.

Das sollte nicht passieren. Ebenso wenig dürfen Räte politisch vereinnahmt werden. Kritik erntete der bundesweite Klimarat für seine Ausgaben für Werbung und Kommunikation, die fast fünfhunderttausend Euro ausmachten. Einen Auftrag erhielt Lothar Lockl, der bereits Kampagnen für die Grünen und Alexander Van der Bellen umsetzte.



nicht explizit an. Aktuell erheben die Evaluatoren, ob im Klimarat nur Menschen sitzen, die die Klimakrise für sehr dringlich erachten.

Menschen wie Karin Wilhelm, die an ihren freien Wochenenden vom Oberland aus bis zu sechs Stunden im Zug nach Salzburg oder Wien zu den Klimarat-Sitzungen pendelt. Warum tut sie sich das an? „Ich will, dass meine Nachkommen die Natur auch noch genießen können,“ sagt sie. Die Diskussionen seien oft anstrengend, doch würden sich lohnen: „Es kommen so viele Meinungen zusammen – alle Berufssparten, alle Altersgruppen. Da sind auch viele kritische Stimmen dabei. Die Dynamik, die entsteht, ist Gold wert.“ Gleich am ersten Tagungswochenende erstellte die Gruppe ein Wirkungsmanifest – und gab sich damit selbst Aufgaben. Dies und die Begleitung des Moderationsteams sollen nun helfen, konkrete Vorschläge zu destillieren. Diese sollen politische Entscheidungsträger zum Rat heranziehen.

nen Klimarat in Graz, im Herbst sollen sechzig Menschen über die Verkehrsentwicklung in der Ostregion diskutieren. Sollte so ein Rat auch einmal in Tirol entstehen, würde sich Karin Wilhelm gerne einbringen. Schließlich lärmt 15 Meter unterhalb ihres Hauses auf der S16 der Transitverkehr und hinterlässt Dreck auf ihren Fenstern.

Bürgerversammlungen und -räte können Großes bewegen. Auch viele europäische Staaten sammeln diesbezüglich gerade Erfahrungen. Paradebeispiel ist Irland. Dort arbeitete ein Gremium aus der Bevölkerung zur Liberalisierung des Abtreibungsrechts. Es trat eine landesweite Diskussion los, der ein Referendum folgte. Heute steht das Recht auf Abtreibung in der irischen Verfassung. Das stärkt das Vertrauen in die Demokratie. „Vertrauen entsteht, weil dort Menschen wie du und ich sitzen – und die Politik ihren Empfehlungen folgt. Menschen vertrauen eher Mitbürgern als der politischen Elite und bezahlten

Aufzeichnungen aus dem Klimarat. © APA

Ob der Klimarat parteipolitisch vereinnahmt wird, analysieren Tamara Ehs und ihre Kollegen laufend. Auch politische Akteure und die mediale Öffentlichkeit werden diesen Aspekt im Auge behalten, könnte der Klimarat doch als Blaupause für weitere bundesweite Räte dienen.

Karin Wilhelm trägt derweil ihr neues Klima-Wissen in Familien-, Freundes- und Bekanntenkreis. Die Tirolerin wünscht sich in Zukunft mehr Räte, auch zu anderen Themen. „Schließlich sind wir Bürger die, die in diesem Land leben. Wir sollten auch gestalten können, wie seine Zukunft aussieht.“